

Protokoll		An die AUTONOME PROVINZ BOZEN Abteilung Forstwirtschaft 32.4 Amt für Jagd und Fischerei Brennerstraße 6, 39100 BOZEN  Tel.: 0471 415170 Fax: 0471 415166  E-mail: jagd.fischerei@provinz.bz.it jagdfischerei.cacciapesca@pec.prov.bz.it www.provinz.bz.it/forstwirtschaft
	Gesuchsnummer _____ / _____	

## Antrag auf Beihilfe: Verhütungsmaßnahmen vor Schäden (Großraubwild) an Weidetieren

gemäß Art. 38 des L.G. vom 17. Juli 1987, Nr. 14, in geltender Fassung (Landesjagdgesetz)

**Wichtiger Hinweis: Anträge werden jährlich vom 1. Jänner bis 31. Mai entgegengenommen**

### A. Antragsteller/Antragstellerin

Zuname  Vorname

geboren am  /  /  in

Steuernummer

**in der Eigenschaft als:** (Zutreffendes ankreuzen)

Eigentümer/in  
  Miteigentümer/in  
  Pächter/in  
  gesetzl. Vertreter/in  
  Agrargemeinschaft  
 Körperschaft  

des Unternehmens  Betriebskodex:

Rechtsform

mit Sitz in  PLZ

Fraktion/Straße  Nr.

Mehrwertsteuernummer (nur juristische Personen)

Tel./Handy  Zert. E-Mail (PEC)

IBAN:

### B. Gesuchsgegenstand:

Herdenschutzzaun für (Nutztierart und voraussichtliche Anzahl):

**Betroffene Gemeinde:**  **Örtlichkeit:**

**G.p. Weideflächen:**

**Geplante Verwirklichung (Jahr):**

Der Beitrag verfällt und kann nicht mehr ausbezahlt werden, falls die oben angeführte Maßnahme nicht innerhalb der angeführten Jahresfrist getätigt werden, und falls nicht spätestens innerhalb des darauffolgenden Jahres die vorgesehene Ausgabe abgerechnet wird.

### C. Andere Angaben und Erklärungen des Antragstellers

- a) die geplanten Schutzmaßnahmen den Vorschriften entsprechend zu errichten (Beratung durch das Amt für Bergwirtschaft),
- b) keine anderen Begünstigungen jeglicher Art für die Ausgaben, welche den Gegenstand des Ansuchens darstellen, auch bei anderen öffentlichen Verwaltungen erhalten oder darum angesucht zu haben,
- c) der Landesverwaltung, zwecks Überprüfung der gemachten Angaben, freien Zugang zu den Grundstücken und Unterlagen, welche mit der Beihilfe in Zusammenhang stehen, zu gestatten,
- d) dass die Beihilfe, um die er/sie bei der Landesverwaltung ansucht, hinsichtlich der Vorsteuerabzugspflicht von 4% (D.P.R. vom 29. September 1973, Nr. 600) wie folgt zu bewerten ist:
- die Finanzierung gilt als vorsteuerabzugspflichtig (teilweise Deckung der Auslagen durch Einnahmen aus Handelstätigkeit);
  - die Finanzierung gilt als nicht vorsteuerabzugspflichtig (sie dient zur Deckung von Auslagen, die sich aus der Durchführung von institutionellen Aufgaben ergeben);
- e) in Kenntnis zu sein, dass die Beihilfen auf der Grundlage der sachlichen Überprüfung der Anträge, der Rangordnung gemäß den Kriterien für die Vergabe von Prioritätspunkten und der dafür bereitgestellten Finanzmittel gewährt werden,
- f) in Kenntnis zu sein, dass die Landesverwaltung für die Dauer der Zweckbestimmung jederzeit Kontrollen durchführen und zwecks Überprüfung der gemachten Angaben alle erforderlichen Daten von Amts wegen bei den zuständigen Stellen einholen kann,
- g) unter eigener Verantwortung, die obigen Erklärungen in Kenntnis der Sanktionen im Falle unwahrer oder unvollständiger Angaben, die in Art. 2bis des LG Nr. 17/1993, in geltender Fassung, vorgesehen sind, sowie in Kenntnis der strafrechtlichen Folgen laut Art. 76 des DPR Nr. 445/2000 gemacht zu haben. Er/Sie erklärt sich darüber bewusst zu sein, dass im Sinne des obgenannten Landesgesetzes Stichprobenkontrollen über den Wahrheitsgehalt der gemachten Angaben durchgeführt werden.

### D. Information gemäß Datenschutz

Die Informationen zur Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß Datenschutzgrundverordnung 2016/679 sind auf folgender Webseite der Abteilung Forstwirtschaft veröffentlicht: <http://www.provinz.bz.it/land-forstwirtschaft/forstdienst-foerster/landesforstdienst/798.asp>

Die Antragsteller erklären, diese Informationen gelesen zu haben und der Verarbeitung ihrer Daten zuzustimmen.

Durch die Unterschrift bestätigen sie, dass alle in diesem Ansuchen angegebenen Daten der Wahrheit entsprechen und es wird zur Kenntnis genommen, dass falsche Erklärungen und Unterlagen sowie Urkundenfälschungen strafrechtlich verfolgbar sind (Art. 76 DPR 445/2000 i.g.F.)

**Der/die Antragsteller/in hat Einsicht in die Mitteilung über die Verarbeitung der personenbezogenen Daten genommen**

Datum .....

Unterschrift .....